



*Liebe Leserinnen und Leser,  
mein neuer Newsletter ist da! Hierin informiere ich u.a. über den Umsetzungsstand der Aufnahme des Wolfs ins Jagdgesetz, die CDU-Initiative zur verpflichtenden Sprachstandserhebung im Kindergarten sowie den Ergebnissen der Klausurtagung des CDU-Landesvorstandes Braunschweig in Berlin. Ich stelle Ihnen auch noch ein neues Gesicht vor, welches Sie in den nächsten Monaten häufiger an meiner Seite sehen werden. Viel Freude wünscht Ihre,  
Veronika Bode*

## Klare Regeln für unsere Schulen: Handyverbot mit Augenmaß

Smartphones gehören längst zum Alltag – auch für unsere Kinder. Sie bieten Chancen für Information und Kommunikation, bringen aber zugleich erhebliche Herausforderungen mit sich. Gerade an Grundschulen beobachten wir zunehmend, dass Handys die Konzentration stören, Konflikte fördern und den schulischen Alltag belasten. Deshalb ist es richtig, jetzt zu handeln.

Entscheidet jede Schule selbst über den Umgang mit Smartphones, mag das auf den ersten Blick nach sinnvoller Eigenverantwortung klingen, führt in der Praxis jedoch zu einem unübersichtlichen Flickenteppich. Unterschiedliche Regeln verunsichern Eltern, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler gleichermaßen. Hinzu kommt: Ohne landesweite Vorgaben fehlt oft die notwendige Rechtssicherheit, etwa wenn Geräte eingezogen werden müssen oder es zu Konflikten kommt.

Deshalb setze ich mich für eine einheitliche Regelung von Landesseite ein. Wir brauchen klare, rechtssichere Leitplanken, die für alle gelten und gleichzeitig pädagogische Spielräume erhalten. Ein grundsätzliches Verbot während des Schulalltags – mit sinnvollen Ausnahmen für den Unterricht oder besondere Situationen – schafft genau diesen Ausgleich.



Foto: Björn Kissner

☎ 0 53 51/ 42 46 19

✉ info@veronikabode.de

📷 @veronika\_bode.mdl

📘 @VeronikaBodeMdL

V.i.S.d.P.: Veronika Bode MdL  
Wahlkreisbüro  
Maschweg 2  
38350 Helmstedt

## Fortsetzung: Handyverbot mit Augenmaß

Mir ist dabei wichtig: Ein Handyverbot ist kein Rückschritt, sondern ein Schritt nach vorn. Denn gleichzeitig stärken wir die digitale Bildung. Unsere Kinder sollen den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien lernen – aber gezielt, begleitet und altersgerecht im Unterricht, nicht unkontrolliert auf dem Pausenhof.

Unser Ziel ist eine Schule, die Orientierung gibt, schützt und zugleich auf die Zukunft vorbereitet. Klare Regeln sind dafür die Grundlage.



Foto: Privat.

## Rot-Grün macht Bundesjagdgesetz für den Wolf zum zahnlosen Papiertiger

Am 8. Mai 2025 hat das Europäische Parlament mit deutlicher Mehrheit beschlossen, den Schutzstatus des Wolfs von „streng geschützt“ auf „geschützt“ herabzusetzen. Dieser Beschluss stellt einen wichtigen Schritt hin zu einem aktiven und regional angepassten Wolfsmanagement dar. Ziel ist es, die wachsende Wolfspopulation besser zu steuern und dabei insbesondere den Schutz von Nutztieren, Deichen sowie die berechtigten Interessen der Menschen im ländlichen Raum stärker zu berücksichtigen.

Bereits im Vorfeld hatten sich die Koalitionspartner auf Bundesebene darauf verständigt, die erwartete europäische Entscheidung zügig in nationales Recht umzusetzen.



Foto: CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag.

## Fortsetzung: Jagdgesetz

Dabei steht neben der weiteren Unterstützung des Herdenschutzes vor allem die Schaffung klarer rechtlicher Grundlagen im Fokus, um im Bedarfsfall gezielt in Wolfsbestände eingreifen zu können. Zudem soll der Wolf in das Jagdrecht aufgenommen werden.



Foto: Privat

Mit einem entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesjagdgesetzes und des Bundesnaturschutzgesetzes hat die Bundesregierung diese Vereinbarungen umgesetzt. Der Bundestag hat den Entwurf Anfang März 2026 abschließend beraten, bevor der Bundesrat Ende März 2026 seine Zustimmung erteilt hat. Das neue Bundesjagdgesetz schafft endlich Möglichkeiten zur Regulierung der stark wachsenden Wolfsbestände – ein großes Thema in Niedersachsen.

### Aber was macht die Landesregierung daraus?

Umweltminister Meyer hatte noch im Plenum angekündigt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. In der Realität gibt der Landesumweltminister jetzt Handlungsempfehlungen heraus, welche die Regelungen des Bundesjagdgesetzes deutlich einengt:

Die Entnahme eines schadenstiftenden Wolfes solle nicht wie bundesrechtlich in einem **20-km-Radius** erfolgen dürfen, Meyer will diesen auf **1km** begrenzt wissen. Nur **27 Wölfe** sollen jährlich entnommen werden dürfen. Verkehrstote Wölfe sollen nach Willen des Umweltminister hiervon abgezogen werden und **wolfsfreie Zonen wie Deiche** - komplette Fehlanzeige.

### Wir als CDU-Fraktion sagen:

Die rechtlichen Möglichkeiten müssen 1:1 genutzt werden. Hierzu haben wir einen entsprechenden Antrag vorgelegt, der unter anderem die Landesregierung auffordert: **keine Einschränkung der durch den Bund vorgesehenen Jagdzeit** (1. Juli bis 31. Oktober) vorzunehmen und **keine zusätzlichen Bedingungen**, administrativen oder sonstigen Hürden einzuführen, die gegenüber den bundesgesetzlichen Regelungen die Entnahme eines schadenstiftenden Wolfes innerhalb von sechs Wochen in einem 20-Kilometer-Radius rund um den Ort eines Nutztierrißes erschweren würden sowie unverzüglich den für die reguläre Bejagung des Wolfs notwendigen **revierübergreifenden Managementplan** vorzulegen.

☎ 0 53 51/ 42 46 19

✉ info@veronikabode.de

📷 @veronika\_bode.mdl

📘 @VeronikaBodeMdL

V.i.S.d.P.: Veronika Bode MdL

Wahlkreisbüro

Maschweg 2

38350 Helmstedt

## Verbindliche Sprachstandserhebung vor der Einschulung: CDU schafft frühe Förderung und klare Zuständigkeiten

Sprache entscheidet über Bildungschancen. Wer erst beim Schulstart erkennt, dass ein Kind dem Unterricht sprachlich nicht folgen kann, handelt zu spät.

Niedersachsen braucht deshalb eine frühere, verbindlichere und landesweit einheitliche Sprachstandserhebung. Die CDU-Landtagsfraktion hat daher im April-Plenum den **“Gesetzentwurf zur Einführung und Durchsetzung verbindlicher Sprachstandserhebungen und Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung in Niedersachsen“** eingebracht. Kern ist eine verpflichtende Sprach-

standserhebung für alle Kinder im vorletzten Jahr vor Beginn der Schulpflicht. Sie soll durch die Grundschule im Zeitraum vom 1. August bis 31. Januar erfolgen.

**Derzeit werden Sprachdefizite häufig erst im Zusammenhang mit der Schulanmeldung sichtbar.**

Dann bleibt oft zu wenig Zeit für wirksame Förderung. Deshalb wollen wir früher feststellen, verbindlicher fördern und den Übergang in die Grundschule systematisch absichern.

Das Kultusministerium wird aufgefordert Verfahren, Zeitpunkt, Umfang und Ausgestaltung der Förderung sowie die Zusammenarbeit zwischen Grundschulen, Kitas und Erziehungsberechtigten durch Verordnung zu regeln. Ziel ist eine landesweit einheitliche Durchführung.

**Die Kitas bleiben zentrale Partner:**

Sie begleiten die Sprachentwicklung alltagsintegriert, bringen Beobachtungen ein, unterstützen die Grundschulen und führen nach Vorliegen der Ergebnisse Gespräche mit den Eltern.

**Unser Ziel ist einfach:**

Jedes Kind soll mit den sprachlichen Grundlagen in die Schule starten können, die es für erfolgreiches Lernen braucht. Das ist frühe Förderung, das ist Bildungsgerechtigkeit, und das ist Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder.



Foto: Privat.

## Drei Tage volle Power in der Hauptstadt: CDU-Landesvorstand Braunschweig auf Klausurtagung in Berlin

Die Klausurtagung des CDU Landesverbandes Braunschweig vom 17. bis 19. April 2026 führte den Landesvorstand in die Bundeshauptstadt Berlin. Auch ich nahm in meiner Funktion als stellvertretende Landesvorsitzende hieran teil.

Zum Auftakt am Freitag konnten wir uns in mehreren hochkarätigen Gesprächsrunden mit christdemokratischen Berliner Politikern im Deutschen Bundestag austauschen. So diskutierten wir mit **Mathias Middelberg**, Vorsitzender der niedersächsischen Landesgruppe, intensiv über die aktuelle haushaltspolitische Lage. Es folgte ein Gespräch mit **Pascal Reddig**, Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Für uns wurde dabei deutlich:

Eigenverantwortung stärken! Gerade mit Blick auf die Zukunft der Rente.

Gleichzeitig gilt es, staatliche Mittel gezielter und effizienter dort einzusetzen, wo sie wirklich gebraucht werden. Zum Abschluss nahm sich **Jens Spahn** Zeit für den Austausch mit uns.

Gemeinsam haben wir die aktuelle Lage der Bundesregierung sowie die politischen Zielsetzungen der Fraktion besprochen. Abgerundet wurde der Tag mit einer Führung durch das Bundeskanzleramt.

Am Samstag setzten wir unsere Tagung im Konrad-Adenauer-Haus, der CDU-Bundesgeschäftsstelle, fort.

Zum Auftakt durften wir **Dr. Klement Ruey-Sheng Gu**, Repräsentant Taiwans in Berlin und seine Stellvertreterin **Yu-Hsin Chiang** zu Gast haben. Sie haben uns eindrücklich für die aktuelle Situation und die Spannungen in ihrer Region sensibilisiert: Ein Thema, das bewegt und zum Nachdenken anregt. Im anschließenden Austausch ging es um wirtschaftliche Perspektiven, Forschung und internationale Zusammenarbeit.



## Fortsetzung: Klausurtagung



Für uns steht fest: Eine strategische Partnerschaft zwischen Taiwan und der Innovationsregion Braunschweiger Land, insbesondere in Wissenschaft und Forschung, bietet großes Potenzial für alle Beteiligten. Dialog, Verständnis und Zusammenarbeit bleiben der Schlüssel.

Am Nachmittag stand die Wirtschaftspolitik im Fokus: In einem Austausch mit **Dr. Constantin Terton**, Bereichsleiter Wirtschaftspolitik des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. Statt Vertrauen dominiert in der Branche oft übermäßige Kontrolle. Ein Zeichen für einen Bürokratie-Zeitgeist, der viele Selbständige eher ausbremst als unterstützt.

Besonders kritisch: Fördergelder bleiben ungenutzt, weil Anträge zu kompliziert und aufwendig sind. Gleichzeitig wächst bei jungen Menschen das Interesse an Selbstständigkeit im Handwerk, doch genau diese Motivation wird durch hohe Hürden schnell gedämpft. Wir brauchen ein Umdenken! Weg vom Misstrauen, hin zu mehr Vertrauen ins Handwerk. Damit Engagement nicht ausgebremst, sondern ermöglicht wird.

Ein wissenschaftlicher Blick auf die Region folgte im Vortrag von **Professor Dr. Reza Asghari** zur Forschungslandschaft Braunschweig. Dabei wurde deutlich, welche Innovationskraft die Region besitzt und welche Chancen sich daraus für Wirtschaft und Entwicklung ergeben.

Eine Führung durch den Deutschen Bundestag vollendete den Tag.

Am Sonntag standen im Konrad-Adenauer-Haus unsere internen Beratungen im Mittelpunkt. Diskutiert haben wir zentrale Themen für die kommenden Jahre. Der Fokus lag hier auf den **Kommunalwahlen** in diesem Jahr sowie die Vorbereitung auf die **Landtagswahl 2027**.

Die Tagung hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig der enge Austausch zwischen Kommunal-, Landes- und Bundesebene ist. Wir haben viele inhaltliche Impulse aus Berlin für die politische Arbeit vor Ort mitgenommen und zugleich die Interessen der Region Braunschweig auf Bundesebene sichtbar gemacht.

## Unsere Polizei stärken – personell, technisch und strukturell

Die Innere Sicherheit ist eine der zentralen Aufgaben unseres Staates – und sie beginnt vor Ort bei den Polizistinnen und Polizisten, die täglich hierfür Sorge tragen. Umso alarmierender ist der **Brandbrief der niedersächsischen Polizeigewerkschaften** an Innenministerin Daniela Behrens aus dem vergangenen Jahr, der sich eindringlich mit der Personalsituation bei der Polizei Niedersachsen auseinandersetzt.

Darin wird deutlich: Der **Personalmangel** ist längst kein abstraktes Problem mehr, sondern prägt den Arbeitsalltag vieler Beamtinnen und Beamten. Fast ein Viertel der Beschäftigten fühlt sich laut einer Mitarbeiterbefragung überfordert. Gleichzeitig zeigt sich, dass die offiziell vorhandenen Stellen nicht die tatsächliche Einsatzfähigkeit widerspiegeln. Über **1.700 Kräfte** – darunter mehr als 1.100 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte – stehen aus unterschiedlichen Gründen wie Elternzeit, Krankheit oder anderen Ausfällen nicht zur Verfügung.

Hinzu kommt: Die Anforderungen an die Polizei steigen kontinuierlich. Ob zunehmende **Dokumentationspflichten** im Streifen-dienst, eine steigende Zahl **komplexer Einsatzlagen** bei der Bereitschaftspolizei oder immer aufwendigere Ermittlungen im Bereich **Cybercrime** – die Belastung wächst in allen Bereichen. Auch gesellschaftliche Entwicklungen wie Extremismus, Migrationsthemen und eine insgesamt **angespannte Sicherheitslage** erhöhen den Druck zusätzlich.

Die Gewerkschaften machen deshalb deutlich: **Es braucht dringend mehr Personal und eine umfassende Sicherheitsstrategie für Niedersachsen.** Allein durch Umverteilungen innerhalb der Polizei lassen sich die Probleme nicht lösen. Gefordert wird unter anderem eine deutliche Aufstockung um mindestens 1.000 zusätzliche Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte.



Foto: Privat.



Foto: Privat.

## Fortsetzung: Polizei stärken

Als CDU-Landtagsfraktion nehmen wir diese Warnsignale sehr ernst. Für uns ist **#ganzklar: Wer Sicherheit gewährleisten will, muss die Polizei stärken – personell, technisch und strukturell.**

Deshalb sind derzeit Abgeordnete der CDU-Fraktion in ganz Niedersachsen unterwegs, um sich vor Ort ein eigenes Bild zu machen. Auch ich habe in den vergangenen Wochen mehrere **Polizeidienststellen** in meinem Wahlkreis besucht – in **Schöningen, Helmstedt und Königslutter**. Der direkte Austausch mit den Beamtinnen und Beamten war mir dabei besonders wichtig.

In den Gesprächen habe ich gezielt nachgefragt: Wie viele Planstellen sind überhaupt vorgesehen – und wie viele davon tatsächlich besetzt? Konnten Altersabgänge kompensiert werden? Sind zusätzliche Stellen angekündigt oder bereits zugesagt? Und was sind aus Sicht der Polizei die Hauptursachen für den Personal-mangel?

Ebenso zentral war für mich die Frage nach der konkreten **Arbeitsbelastung**: Welche Aufgaben können möglicherweise nicht mehr im vollen Umfang erfüllt werden? Welche zusätzlichen Anforderungen sind in den letzten Jahren hinzugekommen? Und wie haben sich die Arbeitsbedingungen verändert?

Ein weiterer wichtiger Punkt war die **Ausstattung**: Wie bewerten die Beamtinnen und Beamten ihre räumliche Situation? In welchem Zustand sind die Liegenschaften? Wie steht es um die Digitalisierung? Und wie leistungsfähig ist der Fuhrpark – auch mit Blick auf neue Anforderungen wie die Elektromobilität?

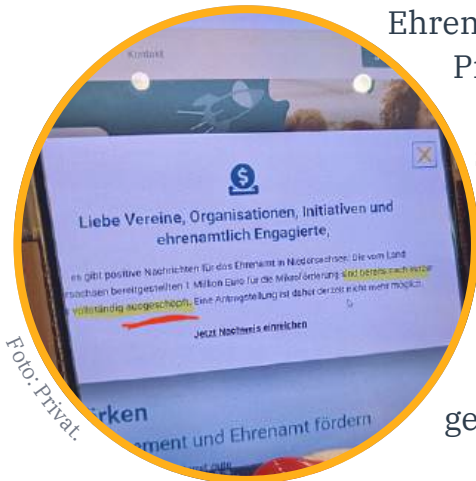
Die Gespräche haben eines sehr deutlich gemacht: Unsere Polizei leistet jeden Tag hervorragende Arbeit – oft unter schwierigen Bedingungen und mit hoher persönlicher Belastung.

Alle Erkenntnisse aus diesen Besuchen werden derzeit systematisch gesammelt und ausgewertet. Auf dieser Grundlage werden wir als CDU-Fraktion **konkrete parlamentarische Initiativen** entwickeln, um die Situation der Polizistinnen und Polizisten spürbar zu verbessern.



Foto: Privat.

## Mikroförderung offenbar binnen kurzer Zeit erschöpft - Wie kann das sein?



Ehrenamt kann viel bewegen. Manchmal fehlen guten Ideen und Projekten aber das nötige Kleingeld. Hierfür stellte das Land Niedersachsen Vereinen, gemeinwohlorientierten Organisationen, Kirchen, Initiativen, oder Privatpersonen ab dem 02.03.2026 **1.000.000 Euro an Mikrofördermitteln** bereit. Das Mikroförderprogramm war allerdings nach zahlreichen Rückmeldungen von Antragstellenden bereits kurz nach Freischaltung nicht mehr erreichbar. In den ersten 52 Stunden gingen über 400 Anträge ein, insgesamt waren es 576. Wie kann es sein, dass binnen weniger Tage der Fördertopf bereits erschöpft ist?

### Das wollte ich von der Landesregierung in einer **Kleinen Anfrage** wissen.

Betroffen sind insbesondere kleine Vereine und Initiativen, die nicht kurzfristig einen Antrag auf Mikroförderung stellen konnten – von der Freiwilligen Feuerwehr über Sportvereine bis hin zu Brauchtumsgruppen.

Die Informationsphase über die Mikroförderung im Vorfeld war mit nur **drei Werktagen** schlicht zu kurz. Viele Engagierte hatten dadurch gar nicht die Chance, rechtzeitig von dem Programm zu erfahren und einen Antrag zu stellen. Das ist schade – denn Förderung muss alle erreichen, nicht nur die Schnellsten.

Die Landesregierung muss die Mikroförderung unbedingt fortführen und finanziell weiter stärken. Gleichzeitig sollten die Erfahrungen aus der ersten Runde genutzt werden. Dazu gehört vor allem eine deutlich **längere und breitere Ankündigungsphase**, damit möglichst viele Ehrenamtliche im ganzen Land eine faire Chance bekommen.

Ich wünsche mir außerdem, dass künftig auch wir **Abgeordneten** frühzeitig eingebunden werden. Wir sind wichtige Ansprechpartner vor Ort und können solche Programme gezielt in unsere Wahlkreise tragen. Das erhöht die Reichweite und sorgt für mehr Chancengleichheit.

## Politik hautnah erleben: Elke Behrens-Johnson hospitiert im Rahmen des Tandem-Programms der CDU in Niedersachsen

Das **Tandem-Projekt** ist ein Förderprogramm, das Frauen den Einstieg in die Politik erleichtern soll. Die Teilnehmerinnen werden von einem persönlichen politischen Mentor begleitet, der Einblicke in das politische Geschehen gewährt. Parallel dazu durchlaufen sie ein exklusives Seminarprogramm zur individuellen Entwicklung und zu politischen Grundlagen. Hierdurch will die CDU in Niedersachsen mehr Frauen für eine Mitgliedschaft, aber vor allem auch für eine **aktive Mitarbeit** gewinnen.

Der persönliche Mentor gibt seine eigenen (kommunal-)politischen Erfahrungen weiter und vermittelt einen praktischen Zugang in die politischen Gremien vor Ort. Die Teilnehmerinnen erhalten einen gezielten Einblick in die politische Arbeit und in die Möglichkeiten der Politikgestaltung durch regelmäßige Begleitung des Mentors zu Sitzungen, Versammlungen oder Veranstaltungen.

Ich freue mich, **Elke Behrens-Johnson** bis Mitte nächsten Jahres an meiner Seite zu wissen. Die vor zwei Jahren in die CDU eingetretene Volljuristin hat als Rechtsanwältin praktiziert und vor 15 Jahren den Quereinstieg ins Lehramt an berufsbildenden Schulen gewagt. Seitdem arbeitet sie als Berufsschullehrerin, zunächst in Münster (Westf.), dann in Hamburg und seit 2018 in Braunschweig, wo sie inzwischen Mitglied der erweiterten Schulleitung ist.

Ich darf schon jetzt ankündigen, dass sie im Laufe des Programms hier vielleicht von ihren Erfahrungen und Eindrücken für Sie berichten wird.



Foto: Privat.